



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

V. West-Östliche Orientierung

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

## V

## West-östliche Orientierung?

(Siehe auch Einleitung Seite XXV ff.!)

## I.

Die Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich spielte nach der Umwälzung vom November 1918 eine große Rolle. Das gesamte deutsche Volk verlangte den Zusammenschluß, Österreich erklärte sich fast einstimmig dafür. Die Entente, unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs, verhinderte ihn und entschied schließlich mit einem Gewaltspruch gegen das von ihr vorher als Grundsatz verkündete, in diesem Falle sonnenklare Recht der Selbstbestimmung der Völker.

Zwischen dem revolutionären Ministerpräsidenten Eisner und seinem Berner Gesandten Friedrich Wilhelm Foerster entstand ein Meinungs-austausch über die Anschlußfrage. Foerster hat nicht unterlassen, seine auch öffentlich gegenüber einem Vertreter der Agence Havas vorgebrachten Einwände gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich in einer kurzen Denkschrift (21. November 1918) für die bayerische Regierung zusammenzufassen und ihr seine Ansichten nahezulegen. Nicht in seiner Eigenschaft als Gesandter, aber doch „als Professor Foerster, der sich viel mit den österreichischen und südeuropäischen Fragen beschäftigt hat“<sup>1)</sup>!

Im Anschluß an das Bekenntnis der bayerischen Regierung zu einer „föderativen Verknüpfung“ Österreichs mit Deutschland empfahl er dringend, eine solche Lösung mindestens noch hinauszuschieben. Man solle die Entente nicht gegen Deutschland aufbringen, deren „Mißtrauen in die Realität eines neuen Geistes“ noch nicht überwunden sei! Die Alliierten wünschten um keinen Preis jetzt eine Vergrößerung Deutschlands! Sollte die Vereinigung trotzdem unerwartet vollzogen werden, meldete Foerster,

<sup>1)</sup> Original im Münchener Ministerium des Äußern.

so würden wahrscheinlich auf der Gegenseite Vorschläge kommen, „zur Ausgleichung dieses Agrandissements das linke Rheinufer an Frankreich abzugeben“. Auch in der polnischen Frage würde man Deutschland dann zu kurz kommen lassen!

Der Gesandte findet den Anschluß auch vom Standpunkte Deutsch-Österreichs aus nicht zweckmäßig. Er fürchtet für die Kulturwürde Österreichs, wenn es sich nach Norden umstellt. Gegen die reichsdeutsche Betriebsamkeit käme es nicht auf und würde zu einer Wirtschaftsprovinz Berlins. Die wirtschaftliche Tradition des Landes sei seit Jahrhunderten nach Südosten orientiert. Umgekehrt komme jetzt schon, mitten im Rausche der jungen nationalen Selbständigkeit, den slawischen Partnern zum Bewußtsein, daß sie auf ihre deutsch-österreichischen Nachbarn angewiesen seien. Foerster hält diese slawischen Staatsgebilde für nicht lebensfähig und sieht bereits entstehen, was er wünscht: Eine deutsch-slawische Gemeinschaft nicht nur in der Wirtschaft, sondern „mit ihren psychologischen und soziologischen Anpassungen“, die zu enger politischer und kultureller Gemeinschaft führen müssen. Also, an Stelle der eben zertrümmerten Habsburger Doppelmonarchie eine „neue Konföderation der Südoststaaten“! Dieser Gedanke müsse triumphieren über die Idee der Vereinigung mit Deutschland. „Es war der alte Sinn der deutschen Südostmark, durch Föderation mit der slawischen Welt deutsche Kulturmacht zu fördern“.

Als Vorkämpfer übernationaler Staatsformen, als abgesagter Feind des „auflösenden“ und „kleingeistigen“ Nationalprinzips, wollte Foerster also den Versuch eines kleinen mitteleuropäischen Völkerbundes gemacht wissen, der nach ihm auch für den europäischen Frieden von entscheidender Wichtigkeit wäre. Dieser Gesichtspunkt gebe für die Alliierten, namentlich für England den Ausschlag: „Es wäre daher sehr wichtig, wenn unsere auswärtige Politik hier nicht die Absichten der Entente gerade in dem Augenblicke durchkreuzen würde, in dem wir vor einer Hungersnot stehen und ganz vom guten Willen unserer Feinde abhängig sind“.

Man sieht, der Gesandte zog alle Register, um der bayerischen Staatsleitung seine Vorschläge einleuchtend und annehmbar zu machen. Er übergang dabei, daß der Krieg doch für das von der Entente verkündete Recht der nationalen Selbstbestimmung

entschieden hatte, und daß dieses doch auch für die Deutschen Österreichs gelten müßte. Seiner Lehre von der „deutsch-slawischen Symbiose“ zuliebe beschneidet er dem eigenen Volke dieses Grundrecht und verschmäht auch nicht, die Wünsche und Absichten der Entente als Richtpunkte zu nehmen. Er leistet Vorarbeit für jene, die das Heil Mitteleuropas mit der Zersplitterung und der völligen staatlichen Ohnmacht des deutschen Volkes heraufzuführen möchten.

Oder wäre es etwas anderes, wenn die alten Grenzmarken Deutschlands in Ost und West, wie Foerster es mit ihnen vorhatte, zu sogenannten übernationalen Gebilden würden? Wer wollte nach solcher deutscher Selbstaufgabe die Franzosen dann noch hindern, aus dem ganzen Linksrhein den von ihnen beabsichtigten Zwischenstaat zu gestalten? Wohin käme es, wollte das deutsche Volk selbst sein auch ihm verbürgtes Grundrecht aufgeben, eine große nationale Gemeinschaft zu bilden, über die heutigen Grenzen des Reiches hinaus?

Solche zwingende Erwägungen, die ja allenthalben auftraten, konnte auch der bayerische Ministerpräsident nicht von der Hand weisen. Er trug in diesem Falle den Anforderungen der politischen Wirklichkeit Rechnung. Er verfiel nicht in den ihm zgedachten Fehler, einer Doktrin zuliebe ein bedenkliches politisches Experiment zu befürworten, das nur auf Kosten des deutschen Volkes zu machen wäre.

Der internationale Sozialist tat dem pazifistischen Gesandten, der auch einem Vertreter der Ententepresse seine Pläne entwickelte, Einhalt: „Ich bitte Sie, gelegentlich in der Öffentlichkeit festzustellen, daß Ihre Anschauungen über den Anschluß Österreichs Ihre Privatansichten sind und sich nicht decken mit meinen Anschauungen oder denen der bayerischen Regierung“.

Für diese Haltung wird auch mitbestimmend gewesen sein, daß die sozialistischen Leiter der deutsch-österreichischen Republik für den Anschluß an Deutschland auftraten. Auch war zu beachten, daß einflußreiche bayerische Politiker wie Dr. Heim sich für einen engeren Zusammenschluß der österreichischen Alpenländer mit Bayern einsetzten. Davon erhoffte Heim die Möglichkeit eines selbständigen lebensfähigen südöstlichen deutschen Staates, besonders im Falle einer Überflutung des deutschen Nordens durch den Bolschewismus. Diese für manchen verführerische „großbayerische“

Idee trieb naturgemäß diejenigen, die eine Angliederung nicht an Bayern, sondern an das Deutsche Reich als solches für das Richtige erachteten, zu stärkerer Kraftentfaltung an.

\* \* \*

Die Vorschläge Foersterns zur Behandlung der deutsch-österreichischen Frage waren Versuche, die Bemühungen, die er schon während des Krieges in dieser Sache in Wien selbst angewendet hatte, fortzusetzen.

Anfang Juli 1917 hatte der damalige Münchener Professor die Möglichkeit bekommen, seine Ansichten über eine „zeitgemäße Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems“ vor Kaiser Karl zu entwickeln. Dieser zeigte sich „hellsichtig für die Forderung der Stunde“ und war zur Bewilligung weitgehender Autonomie für die österreichischen Völker bereit.

Ein Kabinett aus allen Nationen der Monarchie war bereits in Aussicht genommen, „das der Aufgabe gewachsen gewesen wäre“. Foerster währte, daß eine solche Neuordnung auf die Ententevölker einen tiefen Eindruck gemacht hätte. Ja, ihm schwebte die Möglichkeit vor, dadurch den Frieden herbeizuführen und ihn durch eine „Friedensföderation der europäischen Südostvölker“ für die Zukunft zu festigen.

Da verhinderte deutsch-österreichischer Widerstand die Ausführung des Planes.

Diese Angaben macht Foerster selbst in seinem Nachkriegsbuche „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland“ (1920). Sie werden, wenn auch in anderer Auffassung, bestätigt durch Geheimberichte, die der Reichskanzler und in Abschrift die bayerische Regierung von der deutschen Botschaft in Wien 1917 über die damalige Wirksamkeit Professor Foersterns in Wien erhielten<sup>1)</sup>. Man hatte auf deutscher Seite den Eindruck, daß Foerster und sein Freund Lammasch vor allem auf eine Sonderfriedensaktion Österreichs abzielten. Sie sprachen sich dahin aus, daß Österreich im Auslande beliebt sei und auch in Frankreich und England Sympathien genieße. Die

---

<sup>1)</sup> Abschriften im Münchener Ministerium des Äußern. — Von mir in Wortlaut veröffentlicht in der Wochenschrift „Allgemeine Zeitung“, München, 14. Mai 1922.

Entente dächte nicht daran, Österreich zu schwächen. Ihr Haß richte sich lediglich gegen Deutschland.

Ein Bericht der deutschen Botschaft in Wien vom 20. Juli 1917 meldet, Kaiser Karl nehme seit ungefähr vier Wochen dem Grafen Czernin immer mehr die Zügel der Regierung aus der Hand, ganz durchdrungen von dem Gedanken, „daß es ihm gelingen müsse und werde, den allgemeinen Frieden zu machen“:

Zu diesem Zwecke beruft der Monarch fast täglich Pazifisten zum Meinungsaustausch auch nach seinem Sommersitz in Reichenau, wo er sonst nicht gerne gestört wird. Seine Haupttratgeber sind drei Professoren, Professor Lammasch (Herrenhaus), Professor Redlich (Abgeordnetenhaus) und der Münchener Professor Foerster. Diese drei halten fest zusammen. Sie vertreten den Standpunkt, daß Deutschland an der Verlängerung des Krieges die Schuld trägt, und daß Österreich, überall beliebt, zur Vermittlung berufen sei. Sie machen dafür Propaganda. Professor Lammasch hat neulich dem Grafen Czernin vorgeschlagen, uns ein Ultimatum zu stellen, binnen 48 Stunden in die Abtretung Elsaß-Lothringens einzuwilligen, andernfalls werde Österreich einen Sonderfrieden schließen. Graf Czernin hat ihn mit den Worten abgewiesen, er mache keine »Schweinereien«. Die beiden anderen Professoren dürften der Ansicht ihres Freundes nicht fernstehen. Dem Grafen Czernin sind die Professorenberufungen sichtlich unangenehm. Er kann sie aber anscheinend nicht verhindern. Er ist überzeugt, daß Kaiser Karl viel zu vornehm denkt, um einer direkt illoyalen Handlung fähig zu sein, daß er aber von diesem Friedensstifterspiel nicht abzubringen ist. Das Spiel ist gefährlich, unsere hiesigen Freunde sind sehr beunruhigt, die Gegner ermutigt, aber auch die auswärtigen Feinde dürften ihre Hoffnungen kaum noch auf militärische oder wirtschaftliche Niederringung setzen, sondern auf Sprengung des Bündnisses, auf die Habsburger Friedenspolitik.

2.

Mit einem anderen unmittelbaren östlichen Nachbarn, der Tschecho-Slowakei, der Freundin der Franzosen, suchte Eisner alsbald in engere Fühlung zu kommen. Ein eigener diplomatischer Vertreter wurde nach Prag gesandt, der vor allem den wirtschaftlichen Warenaustausch wieder in Gang bringen sollte, auf den beide Länder von jeher angewiesen waren. Aber die Bemühungen, böhmische Kohlen zu bekommen, um der Kohlennot in Bayern abzuhelpen, blieben ohne nennenswertes Ergebnis. Aus dem erstrebten Handelsabkommen ist nichts geworden. Dazu liefen beunruhigende Gerüchte um, die sicherlich nicht ganz unbegründet waren, daß die Tschechen ihren französischen Freunden mit einem

Vormarsch auf der Mainlinie entgegenkommen würden, wenn sich die Friedensverhandlungen zerschlagen sollten und daß sie an der bayerischen Grenze militärische Vorkehrungen trafen.

Schließlich blieb von allem nur ein weitschweifiger, für die Veröffentlichung in den Zeitungen bestimmter Erguß des außerordentlichen Gesandten in Prag übrig (1. Dezember), der den Stand der Verhandlungen im rosigsten Lichte erscheinen ließ und es lediglich dem Einspruch Berlins zuschrieb, wenn das Handelsabkommen noch nicht fertig sei. Sonst begnügte er sich, mit allgemeinen und vielverheißenden Wendungen die erfreulichen Aussichten und Wirkungen einer Anlehnung Bayerns an Frankreich im Westen und an die Tschecho-Slowakei im Osten darzutun.

Man kann verstehen, daß gegen eine von solchen Gesichtspunkten geleitete Tätigkeit von Berlin aus Einspruch erhoben wurde. München hat denn auch seinen Bevollmächtigten unverrichteter Dinge wieder heimgerufen.